Kampf um Arbeitsperspektiven statt Arbeitsfrieden

Autor(en): **Cahannes, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 14

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652459

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

von Weizsäcker sagte: „Der Nationalsozialismus ist für Deutschland eine naheliegende, ihm symphatische Entwicklung. In die Schweiz passe der Nazionalsozialismus freilich nicht, er sei geradezu eine Gefahr für sie, er könne zu einer Zersplitterung des Landes führen" (Zitat in Weltwoche vom 30.4.87)

11) Georges Andrey: Auf der Suche nach dem neuen Staat, 1798-1848. In: Die Geschichte der Schweiz — und der Schweizer, Basel 1983, S. 204 ff. Jean-Charles Biaudet schrieb im Hanbuch Bd. 2 der Schweizer Geschichte: „Die Bevölkerung in den regenerierten Kantonen steht mit Geist und Seele auf der Seite der Flüchtlinge, in denen sie die Vorkämpfer jener Freiheit erkennt, auf der ihre kantonalen Verfassungen gründe (...) Das ganze Verdikt einer würdigeren, mutigeren Haltung fällt der linken Opposition, fällt den Radikalen zu." (S. 919 ff.)
12) Max Mittler: Die Schweiz im Aufbruch. Zürich 1982, S. 117. Im Januar 1848 erklärte Alexis de Toc queville: „Die Schweiz befindet sich seit 15 Jahren im Zustand der Revolution". Damit meinte er die von den Radikalen getragene „Regeneration".
13) Hermann Weilenmann: Die vielsprachige Schweiz. Eine Lösung des Nationalitätenproblems, Basel 1925, S. 178.
14) Siehe Albert Hauser: Das eidgenössische Nationalbewusstsein, Zürich 1941, S. 50.
15) Zitiert in H. Weilenmann, op. cit. S. 177
16) Siehe H. Weilenmann, ebenda S. 192 ff.
17) Peter Vollmer fasste in seiner bereits zitierten Dissertation die nationalistischen Theorien der letzten 100 Jahre zusammen, S. 103 ff.
18) Vergl. Hans-Ulrich Jost in: Die Geschichte der Schweiz — und der Schweizer 1982, S. 122. Siehe dazu auch Josts Beitrag in: Widerspruch 13, 1987: Identität und nationale Geschichte, S. 7 ff.
19) Zitiert in Leonhard Ragaz: Die neue Schweiz, Olten 1918, S. 163.
20) Max Huber: Grundlagen nationaler Erneuerung. Zürich 1934, S. 34 ff.
21) Vgl. Hans U. Jost. op. cit. 1982, S. 175, und in Widerspruch 13, 1987.
22) Vgl. Widerspruch 10, 1985, wo im Editorial der Terminus „Klassenrassismus" aktualisiert wird.

Franz Cahannes

Kampf um Arbeitsperspektiven statt Arbeitsfrieden

Eine Nachlese zu den gewerkschaftlichen Diskussionen

Am 19. Juli 1987 jährte sich der 50. Jahrestag der Unterzeichnung einer „Vereinbarung" in der Maschinen- und Metallindustrie zwischen dem Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) einerseits und den Gewerkschaften (SMUV; Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband, CMV; Christlicher Metallarbeiterverband, SVEA; Schweizerischer Verband Evangelischer Arbeitnehmer, LFSA; Landesverband Freier Schweizer Arbeitnehmer) andererseits. Der in der Folge „Friedensabkommen" genannte Vertrag, mit dem die Arbeiterorganisationen auf Streik, die Unternehmer auf Sperre und Aussperrung verzichteten, hat in diesem Jahr eine seit langem kontrovers geführte Diskussion in den Gewerkschaften öffentlich gemacht. Den einen war das Jubiläum nur Grund zum Feiern, für die anderen in den Gewerkschaften bedeutete es die Chance, gewerkschaftliche Konzeptionen neu zur Diskussion zu stellen.

Die ideologische Aufarbeitung

Mit dem gerade rechtzeitig zum 19. Juli erschienenen Sonderband „Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos", gelang es dem 'Widerspruch', ein beachtliches Zeichen zu setzen für die inhaltliche Aufarbeitung der Diskussion (1). Manche Medienschaffende, vom Radio DRS über den Tages-Anzeiger bis hin zur Weltwoche schienen froh darüber zu sein, aus dem Fundus des ‚Sonderbandes' auf den Jahrestag hin das Thema Friedensabkommen kontrovers aufziehen zu können. So konnte zumindest verhindert werden, dass in der bürgerlichen Presse der Arbeitsfriede ausschliesslich als originär schweizerische „Leistung" oder als „sozialpartnerschaftliches Modell" in der „freien Marktwirtschaft", wofür unsere Nachbarn die Schweiz beneiden sollen, unreflektiert und als Mythos reproduziert wurde.

Die NZZ dagegen sang in ihrer 30-seitigen Jubiläums-Beilage das Loblied des Arbeitsfriedens und machte sich u.a. sogar die „gewerkschaftlichen Interessen" zu eigen: „Auch der Versuch, in einem Sonderheft der Zeitschrift „Widerspruch", (...) eine „Gegenideologie" zu formulieren, bleibt vorwiegend in rudimentären Ansätzen alternativer Zielsetzungen stecken; deren innerer Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Interessen, zur Erhaltung der Arbeitsplätze, der sozialen Errungenschaften und des Wohlstandes wird kaum diskutiert, geschweige denn gelöst" (2). Nochmals hat sich klar gezeigt, welche Politik bürgerlicherseits von den Gewerkschaften erhofft wird: Flexibilität gegenüber der Einführung neuer Technologien, Entgegenkommen gegenüber flexiblen Formen der Arbeitszeit und der Löhne, eine „starke" Gewerkschaft in der Rolle als Ordnungsfaktor gegenüber den Arbeitern in den Betrieben (3).

Die Gewerkschafter haben inzwischen darauf ihre Antworten gegeben. In Anbetracht der Jubelfeier der Gewerkschafts- und Unternehmerorganisationen aus der Maschinen- und Metallindustrie vom 4. September im Zürcher Kongresshaus sind die verschiedenen Gesichtspunkte und Problemaspekte der Gewerkschaftspolitik, wie sie im Sonderband vorliegen, zu einer wichtigen inhaltlichen Plattform der Gegenveranstaltung geworden.

Die gewerkschaftliche Opposition formiert sich

Gewerkschafter aus der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), Gewerkschaft Druck und Papier (GDP), Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) und dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) trafen sich, zusammen mit Mitgliedern aus Linksparteien und der Zeitschriften „Diskussion" und „Widerspruch",im Verlaufe des Monats Juli, um den Arbeitsfrieden breitenwirksam und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Das Aktionskomitee, bestehend aus rund 30 Aktivisten und Aktivistinnen, setzte sich Dreifaches zum Ziel:

– An einer schweizerisch angelegten Pressekonferenz sollte der Arbeitsfrieden hinterfragt werden und zwar durch Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften ebenso wie durch Gewerkschaftsmitglieder aus der Basis (Bauar-

beiterbewegung, Spitalbewegung). Die Zeitschriften „Widerspruch" und „Diskussion" sollten Träger der Pressekonferenz sein. Zu diesem Zweck wurden schweizerische Verbandsfunktionäre aus den Gewerkschaften GBH, GDP, VPOD, VHTL (Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter) und GTCP angefragt. Leider lag zu jenem Zeitpunkt die Bereitschaft der Verbandsspitzen mehrheitlich nicht vor, öffentlich vor der Gewerkschaftsbasis Auskunft zu geben. Aus diesem Grunde traten die lokalen Gewerkschaftssektionen als Träger der Pressekonferenz auf.

Mittels eines Inserates sollte auf die verheerenden Folgen des Arbeitsfriedens aufmerksam gemacht werden (Entpolitisierung, Entmobilisierung, Entsolidarisierung, Fremdenhass, Ökonomie vs. Ökologie, Frauenpolitik, 3. Welt). Innert kurzer Zeit trugen ca. 750 Einzelpersonen über Fr. 23'000.— bei, um ein Inserat am 5.9.87 im Tages-Anzeiger finanzieren zu können. Die Verlagsleitung des Tages-Anzeiger verweigerte jedoch – entgegen der Empfehlung der Redaktion – den Abdruck des Inserates, weil befürchtet werden müsse, dass das Inserat "einen Konflikt in der Öffentlichkeit eher bloss anheizen, statt ihn durch Information und Argumentation einer vernünftigen Lösung näherzubringen" (4). Liessen sich die Tagi-Verantwortlichen von den angekündigten Aktionen autonomer Gruppen einschüchtern? Wohl eher zeigte sich hier der unternehmerische Instinkt für die Erhaltung der Marktanteile am Inseratenvolumen. Das Inserat erschien daher in der SP-Presse, in den Zeitungen der GDP und der GTCP, in der WochenZeitung sowie in der PZ. Zudem wurde es in einer 30'000-er Flugblattauflage unter die Leute gebracht. Der Mehrerlös an Inserateneinnahmen wird der Bergarbeitergewerkschaft NUM in Südafrika gespendet (ca. 7000.— Fr.). Der Tages-Anzeiger, der vor kurzem ein Inserat der Anti-Apartheid-Bewegung abgelehnt hat, finanziert damit ungewollt den Kampf der Miners mit.

Am 2. September fand im Volkshaus Zürich eine Gegenveranstaltung zur Jubelfeier im Kongresshaus statt, die von gut 400 Oppositionellen aus Gewerkschaften und Linksparteien mitgetragen wurde und die in den Medien eine grosse Resonanz fand. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Zürcher Gewerkschaftssektionen der GBH, GDP, GTCP, VPOD-Soziale Institutionen und VPOD-Lehrer, unterstützt von den Linksparteien und Ausländerorganisationen.

Vom Stechen in ein Wespennest

Wider Erwarten warfen die Aktivitäten des Komitees hohe Wellen. Erste Öffentlichkeit war damit hergestellt. Beigetragen dazu hatte, neben der Ablehnung des Inserates durch den Tages-Anzeiger auch das Verhalten des Vorstandes des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). In einem Schreiben teilte der SGB den Zürcher Gewerkschaftssektionen nämlich mit, das geplante Inserat stelle „einerseits eine Verunglimpfung der Vertragspolitik einer Mitgliedgewerkschaft des SGB, dem SMUV dar. Andererseits (werde) die Arbeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung in den letzten

Jahren diskreditiert" (5). Mit diesem Schreiben wurden die für das Inserat Verantwortlichen darum ersucht, von der Veröffentlichung desselben abzusehen. Der SGB wolle, so hiess es weiter, die Angelegenheit intern besprechen und habe deshalb für den 27. Oktober eine Verbandstagung zum Thema „Arbeitsfrieden – Arbeitskonflikte" ins Auge gefasst. Die öffentliche Diskussion könne nämlich zu Auseinandersetzungen innerhalb des SGB führen und damit die Gewerkschaftsbewegung schwächen.

Dem Ansinnen der SGB hielten die Zürcher Sektionen entgegen, dass es um die Vertragspolitik der Gewerkschaftsbewegung insgesamt gehe, sei das Friedensabkommen doch wegweisend für die übrigen Verbände geworden. Die absolute Friedenspflicht sei praktisch in allen wichtigen Verträgen aller Verbände seit Jahrzehnten verankert. Der Arbeitsfriede sei zu einer Ideologie der Entmobilisierung im Interesse des Arbeitgeberverbands geworden, die die Gewerkschaftsbewegung insgesamt lähmt. Es sei Zeit zum Umdenken, da man nur so gegenüber den unternehmerischen Offensiven und der bürgerlichen Politik Strategien der Gegenmacht fundieren könne (6).

Diskussionen landauf, landab

Durch die Stellungnahme des SGB-Spitze war die Auseinandersetzung erst richtig lanciert. Landauf, landab fanden hitzige Diskussionen statt, sei es in SP-Sektionen, sei es in den Gewerkschaften selbst. Einige seien nochmals festgehalten:

– So überstimmte das Zentralkomitee der GDP Schweiz seine eigene Geschäftsleitung und stellte sich aufgrund der SGB-Intervention vollumfänglich hinter ihre Zürcher Sektion (7).

– Der Gewerkschaftsbund des Kantons Genf, provoziert durch die Jubiläumsfeier im Kongresshaus Zürich, verabschiedete eine Resolution, in der festgehalten wurde, dass „der Arbeitsfrieden ausschliesslich den Unternehmern nützt und gleichzeitig den Zusammenhalt der gewerkschaftlichen Organisationen schwächt" (8). Er sprach sich daher u.a. gegen den Arbeitsfrieden aus, verurteilte die für den 4. September in Zürich anberaumte Jubiläumsfeier und forderte die Abschaffung des Streikverbotes für das Bundespersonal.

– Die Gewerkschafts Bau und Holz, sensibilisiert durch die Aktionen von 6'000 Bauarbeitern in der Westschweiz am 25. März 1987, bezog an ihrem Septemberkongress einmütig Stellung gegen die absolute Friedenspflicht. Anträge, wonach überhaupt keine Verträge mit absoluter Friedenspflicht mehr abgeschlossen werden dürfen, wurden nur knapp verworfen zugunsten des Vorschlages, darüber die zuständigen Berufskonferenzen von Fall zu Fall entscheiden zu lassen. Andererseits will sich die GBH nicht mehr an die Friedensklauseln halten, wenn von Unternehmerseite her wider „Treu und Glauben" verstossen wird.

– Am 29. September protestierte der Gewerkschaftsbund der Stadt Zürich per Beschluss der Delegiertenversammlung gegen die Ablehnung des Inserates durch die Konzernleitung des Tages-Anzeiger, dies gegen den Wider-

stand des Sekretariates und entgegen dem Ansinnen des SMUV, der das Verhalten der anderen Gewerkschaften zum Thema machen wollte.
– Selbst der Christliche Bau- und Holzarbeiterverband (CHB) forderte an seinem Oktoberkongress die Relativierung der Friedenspflicht.
– Der SGB, unter Druck geraten, hielt am 27. Oktober seine Verbandskonferenz zum Thema „Arbeitsfrieden – Arbeitskonflikte" in Thun ab. Konfrontiert mit der Verbandsautonomie seiner Einzelgewerkschaften, sind dem Dachverband die Hände weitgehend gebunden, so dass sich seine Rolle notwendigerweise auf Vermittlung und eventuell verstärkte Koordination beschränken muss. Unter dem Titel „Schweigen statt diskutieren", hielt die WochenZeitung zur Verbandstagung fest: „Die Befürworter der Sozialpartnerschaft entzogen sich weitgehend der Diskussion. (...) Vielleicht tut die in GBH, GDP, GTCP und teilweise VPOD beheimatete Gewerkschaftslinke besser daran, solche Tagungen selbst zu organisieren und in ihren eigenen Reihen nicht über den Arbeitsfrieden, sondern vor allem auch über die Perspektiven gewerkschaftlicher Fragen zu beraten" (9). Immerhin zeigte sich an der betreffenden Tagung, dass vom VHTL über SSM (Syndikat Schweizerischer Medienschaffender) und VPOD bis hin zu GTCP, GDP und GBH als mitgliederstärkster SGB-Gewerkschaft die Bereitschaft zu einer Diskussion über Perspektiven jenseits des Arbeitsfriedens vorhanden ist. Auch kam deutlich zum Ausdruck, dass die Vorherrschaft des SMUV innerhalb des SGB nicht mehr besteht.

Die Schwierigkeiten des SGB als Vermittler zwischen unterschiedlichen Standpunkte drücken sich auch in folgendem, alles neutralisierenden Satz des offiziellen Communiqués aus: „Einig waren sich die Teilnehmer, dass Friedensregelungen weder die Präsenz der Gewerkschaften in den Betrieben beschneiden noch die Dialogbereitschaft der Arbeitgeber über alle hängigen Fragen unterbinden dürfen" (10). Ins Auge gefasst wurde eine Nachfolgetagung, an der konkret über inhaltliche Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit beraten werden soll. Auch wurde der Vorschlag unterbreitet, die wirtschaftspolitische Kommission des SGB zu reaktivieren sowie die Vertragspolitik vermehrt zu koordinieren. Darüber wird der SGB-Vorstand demnächst zu entscheiden haben.
– Die empfindliche Niederlage der SP und insbesondere der auf ihren Listen kandidierenden Gewerkschaftsfunktionäre und bisherigen Nationalräte bei den letzten Nationalratswahlen vom 18. Oktober löste eine weitere Kontroverse aus. „Die kalte Dusche für die Gewerkschaften" (11) brachte die Frage nach den Ursachen aufs Tapet. Helmut Hubacher, SPS-Präsident, liess sich wie folgt vernehmen: „Wenn man fünfzig Jahre lang Friedenspolitik betreibt, hat man politisch nicht mehr unbedingt alle vier Jahre eine Kampftruppe bereit. Eine Entpolitisierung findet so einfach statt" (12). Ganz anders sieht es der als Nationalrat abgewählte Gewerkschafter Albert Eggli aus Winterthur. Er fragt sich, „ob die Polarisierung in einzelnen Gewerkschaften nicht mehr Schaden als Nutzen bringe (Stichwort: Arbeitsfrieden)" (13).

In diesem Zusammenhang schält sich wieder einmal eine scharf konturierte Frontlinie heraus. Entgegen den negativen Erfahrungen, die Rechtsso-

zialdemokraten in Basel und in Zürich mit ihren Abspaltungsmanövern von der SP vor einigen Jahren gemacht haben, zeigen sich zurzeit in Graubünden, St. Gallen und Winterthur, zeitlich verschoben, ähnliche Entwicklungen. So haben sich anfangs November in Graubünden die Rechten von der SP abgespaltet und eine eigene Partei gegründet. In St. Gallen wollen die Gewerkschaften, im Hinblick auf die kommenden Wahlen, eigene Listen portieren und diese mit der SP verbinden. An der Spitze all dieser perspektivlosen Spaltungstendenzen befinden sich die in der Ideologie des Arbeitsfriedens und der Sozialpartnerschaft verhafteten Gewerkschafter.

Neue gewerkschaftspolitische Perspektiven?

Die Einsicht, dass eine dynamisierte und inhaltlich mit neuen Perspektiven angereicherte Gewerkschaftspolitik zu entwickeln ist, gewinnt an der Gewerkschaftsbasis und in einzelnen Gewerkschaften sogar im Funktionärskörper zunehmend an Gewicht (14).

Die Auseinandersetzungen müssen aber konkret vor Ort geführt werden, sei es in Fragen um die Einführung neuer Technologien, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Löhne, Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung, Frauenlöhne oder in den Komplexbereichen Ökonomie-Ökologie sowie um die wirtschaftlichen Beziehungen mit Entwicklungsländern und wenn es darum geht, den Bruch mit Diktaturen und dem Apartheidsstaat von hier aus mitzutragen. Auch gilt es, alle Bestrebungen der Lohnabhängigen um verbesserte Arbeitsbedingungen, wie aktuellerweise bei den Bauarbeitern, bei den Eisenbahnern oder im Spitalbereich, aktiv zu unterstützen und bereichsübergreifende Solidarität zu fördern. Dazu muss die Gewerkschaftsbewegung neue wirtschaftliche Konzepte entwickeln sowie eine verbandsübergreifende Solidarität und gegenseitige Unterstützung in die Praxis umsetzen. Auch sind Strategien eines differenzierten Klassenkampfes zu entwickeln. Zudem ist die ausschliesslich auf die SP ausgerichtete politische Allianz der Gewerkschaften aufzuheben zugunsten eines neuen politischen Blocks – ohne Ausgrenzungen nach links. Die „Sozialpartnerschaft, Garant für Stabilität und Wohlstand" (15), wie es der Präsident des ASM weiterhin gewährleistet sehen möchte, ist zu überwinden durch die Wiederbesinnung der Gewerkschaften auf ihre Rolle als ein Teil der Gegenmacht.

Die Auseinandersetzung um den Arbeitsfrieden, von vielen als esoterische oder bloss theoretische Angelegenheit abgetan, waren im Hinblick auf die Reaktivierung einer Diskussion um gewerkschaftspolitische Perspektiven ermutigend. So intensiv wie in diesem Jahr wurde, begünstigt durch Basisbewegungen und Wahlniederlage, seit Jahren und Jahrzehnten nicht mehr diskutiert. Nun sind konkrete Taten gefragt. Taten, die eine Zeit jenseits des Arbeitsfriedens und der Sozialpartnerschaft vorwegnehmen. Taten auch, aus denen neue Konzepte und verstärktes politisches Bewusstsein erwachsen. Man muss keine Kassandra sein, um jetzt schon festhalten zu dürfen, dass die Gewerkschaftsbewegung, sollte sie von der Ideologie des Arbeits-

friedens nicht Abschied nehmen und dadurch eine neue Kampfperspektive gewinnen, für die kommenden Arbeitskonflikte in der Schweiz kaum wirklich politische Lösungen anstreben kann.

Anmerkungen

1) In diesen Monaten befassten sich, aus unterschiedlicher politischer Optik, mehrere Schriften, von Gewerkschaftern über Linksparteien, bis hin zu autonomen Gruppen mit dem Thema „Arbeitsfrieden". Vgl. dazu u.a.: – ‚Das Friedensabkommen in unterschiedlicher Sicht' in: Gewerkschaftliche Rundschau Nr. 4, 1987; – ‚Diskussion' Nr. 2, 1987; – Sonderbroschüre des ‚Vorwärts', Gewerkschaftspolitik im Karrengeleise des Friedensabkommens. Zürich 1987; – ‚Klassenkampf statt Arbeitsfrieden', herausgegeben vom Komitee gegen Insolationshaft, Zürich 1987; vgl. dazu auch die Debatten der Autonomen Gruppen in der ‚WochenZeitung' 1987;

   Erwähnt sei auch die Jubiläumsschrift von Kurt Humbel „Treu und Glauben. Entstehung und Geschichte des Friedensabkommens". Hg. von ASM, SMUV, CMV, LFSA, 1987. Die Vertragspartner setzten sich dabei „paritätisch" mit dem nunmehr veröffentlichten Werk auseinander. Geschichte als Verhandlungsgegenstand?
2) K. Müller: „Fünfzig Jahre Friedensabkommen in der Maschinen und Metallindustrie", NZZ-Beilage, Nr. 201 vom 1.9.87.
3) K. Angst; „Die Gewerkschaften im Banne neuer Herausforderungen". In: NZZ-Beilage, Nr. 201, 1.9.87.
4) Schreiben vom 26.8.87 des Tages-Anzeiger an die GDP.
5) Expressschreiben des SGB vom 27.8.87 an die Zürcher Sektionen der GBH,GDP,GTCP.
6) Brief der GBH,GDP und GTCP – Zürcher Sektionen vom 1.9.87 an den SGB und alle Einzelgewerkschaften sowie deren Lokalsektionen.
7) Beschluss des Zentralkomitees der GDP vom 29.8.87.
8) Resolution des USCG vom 28.8.87.
9) P. Hofstetter in der WochenZeitung, Nr. 44 vom 30.10.87.
10) Communiqué 28 des SGB vom 27.10.87.
11) Der öffentliche Dienst, Nr. 43 vom 23.10.87.
12) ebenda.
13) ebenda.
14) vgl. dazu insbesondere die Beiträge von Vasco Pedrina, Hans Baumann und Hans Schäppi/Jakob Tanner in: Widerspruch Sonderband „Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Zürich 1987. Siehe dazu auch: Hans Baumann/Hans Schäppi/Jakob Tanner: „Alte Rezepte für neue Herausforderungen" in: Gewerkschaftliche Rundschau, Heft 4, 1987, S. 139–150. Siehe ferner: H.Schäppi/W.Schöni/J.Tanner: „Ende der Arbeitsteilung? Zu einer offensiven gewerkschaftlichen Technologiepolitik". Hans Baumann: „Vollbeschäftigung – ein alter Hut?" Ursula Streckeisen: „Frauen, Männer, Alternativökonomie." A. Rieger: „Arbeitspolitik – kollektive Perspektiven oder Flexibilisierung?" in: Widerspruch Nr. 11, Juli 1986 (2. Aufl.).
15) Marc M. Cappis in: Schweizerzeit, Nr. 18, 16.10.87.

WIDERSPRUCH-Sonderband: Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. 226 S., 12 S. Bildteil, teilweise unveröff. Dokumente, für starke Fr. 18.— (für Abonnenten: Fr. 16.—). Der *andere* Band zu „50 Jahre Friedensabkommen".